

Protokoll der Onlinesitzung des JHA vom 21. April 2022 und der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren

Zeit: 14:30 – 16:40 Uhr

Datum 21.04.2022

Vorsitz: Herr Tuncel

Protokoll: Frau Weiß/ Frau Marx

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Ahrens, Sandra	x	Van der Smissen, Telly	x
Morawietz, Melanie	<input type="checkbox"/>	Winter, Wiebke	<input type="checkbox"/>
Lürßen, Helga	x	Eckhardt, Kerstin	x
Krümpfer, Petra	x	Bredehorst, Gönül	<input type="checkbox"/>
Pfeiffer, Birgit	x	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	x	Pörschke, Thomas	<input type="checkbox"/>
Dr. Eschen, Solveig	x	Hupe, Christopher	<input type="checkbox"/>
Tuncel, Cindi	x	Leonidakis, Sofia	<input type="checkbox"/>
Kocas, Yasar	x	Buhlert, Dr. Magnus	<input type="checkbox"/>
Schmitt, Bernd	x	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Barde, Hanns-Ulrich	x	Ziegler, Gerd	x
Kastens, Christina	x	Poort, Tina	<input type="checkbox"/>
Hüsken, Swantje	<input type="checkbox"/>	Wulff, Anina	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	x	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	x	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in vorliegender Form genehmigt.

TOP 02: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

Herr Diener berichtet zur aktuellen Lage bezogen auf ukrainische Flüchtlinge und geht auf die Fragen in der Debatte ein.

Inzwischen sind knapp 7.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Land Bremen angekommen, davon ca. 1.500 Geflüchtete in Bremerhaven. In Bremen sind circa 3.400 Geflüchtete privat untergebracht und circa 1.900 in staatlichen Unterkünften (u.a. Messehallen, Turnhallen, Zelte). Circa 38% der Ankommenden sind < 18 Jahre alt. Eine Dunkelziffer wird vermutet, da nicht alle Menschen, die in privaten Unterkünften untergekommen sind, sich bereits registriert haben.

Aktuell sind 83 Minderjährige unbegleitet angekommen, i.d.R. in Fluchtgemeinschaften. Hier wird im Einzelfall geprüft, ob Erziehungs- bzw. Sorgeberechtigungen vorliegen und ob dem Verbleib in der Fluchtgemeinschaft etwas entgegensteht (Kindeswohlgefährdung). Hiervon sind aktuell 9 minderjährige ohne entsprechende Berechtigungen angekommen und somit Unbegleitete Minderjährige, davon wiederum sind 6 in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht.

Ziel ist, möglichst schnell in privaten Wohnraum zu vermitteln, was aktuell auch relativ erfolgreich umgesetzt wird.

Ab dem 01.06.22 ist eine schrittweise Überleitung in das SGB II vorgesehen. Vermutlich ist dies für ca. 90% der Erwachsenen möglich, mit dem Ziel u.a. eine schnelle Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen.

Die gesundheitliche Erstversorgung (inkl. Impfen) ist zentral am Brill verortet.

In den staatlichen Unterkünften nehmen die ukrainischen Kinder u.a. an den dort vorhandenen Angeboten zur Tagesbetreuung teil. Kinder/Jugendliche in privaten Unterkünften werden, soweit möglich, in vorhandene Angebote eingebunden (Jugendförderung, Sportangebote, Häuser der Familie). Erste Pflegefamilien sind schon in Vorbereitung und es haben bereits mehrere Inforeveranstaltungen sowohl für Pflegefamilien als auch für Einzelvormundschaften stattgefunden. Bei Bedarf werden erzieherische Hilfen gewährt.

Bezogen auf die Evakuierung von Waisenheimen berichtet Herr Diener, dass hier teilweise komplette Gruppen inkl. Betreuer:innen in Deutschland ankommen. Zur Koordination ist auf der Basis eines JFMK-Beschlusses eine Bundeskoordinierungsstelle eingerichtet worden (BVA/SOS), die mit den Landeskoordinierungsstellen kooperieren. Aufgrund der teilweisen Anrechnung der umA-Quoten, ist Bremen aktuell noch nicht angefragt. Erste Vorbereitungen finden jedoch bereits statt. In den zwei Punktationen des Bundes wurde der rechtliche Rahmen definiert: Hierbei soll das Modell der „Großpflege“-Stelle verwendet werden, was bedeutet, dass die Einheiten nicht der Betreiberlaubnispflicht unterliegen. Das erweiterte Führungszeugnis wird durch intensive Gespräch verbunden und mit einer Selbsterklärung („Ehrenerklärung“) ersetzt werden.

Perspektivisch werden neben den Regelangeboten in den Bereichen Tagesbetreuung und Beschulung erweiterte Angebote in den Bereichen Jugendförderung, Übergang Schule/Beruf, Familienbildung, niedrigschwellige Angebote zur Stärkung der Familien etc. erforderlich werden. Hier beginnen erste Gespräche. Außerdem ist damit zu rechnen, dass in einem Teil der Familien Bedarfe im Bereich Beratung oder Hilfen zur Erziehung entstehen, erfahrungsgemäß mit einem deutlichen zeitlichen Verzug zum Ankommen.

Herr Jablonski ergänzt den Bericht, dass im Bereich der Kindertagesbetreuung insbesondere weitere niedrigschwellige Angebote geschaffen werden sollen. Dabei kann es sich um zielgruppenspezifische Angebote handeln, die sich besonders um aus der Ukraine geflüchtete Kinder und deren Familien handeln, als auch um Angebote, die allen Kindern offenstehen.

Bei vier Trägern befinden sich derartige Angebote an mehreren Standorten bereits in der Umsetzung: KiTa Bremen, BEK, Caritas und Jüdische Gemeinde.

Außerdem wenden sich erste Familien an die Fachliche Leitstelle zur Aufnahme in ein Rechtsanspruch erfüllendes Kindertagesbetreuungsangebot. Es gab 93 Anfragen, 49 Anmeldungen und bislang 4 erfolgte Aufnahmen. Es gilt das BremAOG.

Im schulischen Bereich wird für die Stadtgemeinde Bremen mit einem Beschulungsbedarf von 1.500 bis 2.000 Kindern gerechnet. 550 Schulanmeldungen liegen vor und 350 Kinder sind bereits zugewiesen. Konkret ist eine Aufnahme in die bestehenden Grundschulen vorgesehen. Für den Sek. I – Bereich sind ergänzend an zwei Standorten (Ohlenhof und Stresemannstr.) zusätzliche Willkommens-Klassen geplant. Dabei soll auch auf ukrainische Lehrkräfte zurückgegriffen werden, die sich bereits bei SKB gemeldet haben.

Der aktuelle Lagebericht Ukraine wird der Geschäftsführung im Anschluss an die Sitzung zur Verfügung gestellt und versendet.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Diener, Herr Jablonski, Frau Krümpfer, Frau Eckardt, Herr Schmitt, Frau Ahrens

TOP 03: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2022.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

-

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 03.03.2022 wird genehmigt.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 04: Aktueller Sachstand Corona – Austausch

Herr Diener berichtet, dass schrittweise Lockerungen vorgenommen werden. Aktuell gebe es sowohl im Bereich der öffentlichen als auch der freien Jugendhilfe höhere Ausfälle bei der Mitarbeiterschaft, die immer wieder zu Herausforderungen führen, aber aktuell gemeinsam gut gemeistert werden.

Der Förderaufruf „Stark im Sozialraum“ – kleinräumige Angebote in den Stadtteilen über den Brementfonds war erfolgreich und erste Projekte laufen an.

Herr Jablonski berichtet insgesamt von einer Entspannung. Anknüpfend an den bundesgesetzlichen Rahmen läuft die aktuelle Regelung zur verpflichtenden Testung (dreimal wöchentlich) Ende April aus. Aktuell ist die Planung, ab Mai zu anlassbezogene Testungen durchzuführen (bei Symptomen, vor Klassenfahrten etc.). Die Pflicht zum Tragen einer Maske besteht nicht mehr, eine Empfehlung wurde hierzu aber ausgesprochen.

Auf Nachfragen wird erläutert, dass die angekündigte Maskenlieferung bereits stattgefunden hat, jedoch bedauerlicherweise aufgrund logistischer Probleme nicht überall Masken angekommen sind. Davon sind insbesondere auch Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe betroffen. Eine Nachlieferung wird es jedoch nicht geben, da das entsprechende Kontingent erschöpft ist. In der AG 78 Jugendförderung ist diese Information schon bekannt gegeben worden.

Bezogen auf die Übernahme der Kosten für die Coronatests ist eine Übergangszeit über Ende April geplant. Eine offizielle Mitteilung dazu wird folgen. Gleiches gilt für den Bereich der Kindertagesförderung.

Herr Diener wird die Nachfrage zu einer allgemeinen Empfehlung zu Öffnungskonzepten noch einmal mitnehmen, jedoch kann es sich hierbei nur um eine sehr allgemeine Rahmenempfehlung handeln, da die jeweiligen Einrichtungen sehr unterschiedlich aufgebaut sind und man jeweils die Konzepte an die Gegebenheiten vor Ort anpassen muss.

Teilnehmer/ innen der Diskussion: Herr Diener, Herr Jablonski, Herr Goldschmidt, Herr Schmitt, Frau Ahrens

TOP 05: Berichterstattung/Jahresbericht zur Arbeit der BeBeE

Frau Krohne stellt anhand einer Präsentation den Jahresbericht vor. Die Präsentation wird als Anhang zum Protokoll verschickt.

Das Gremium bedankt sich für die Berichterstattung und die wertvolle Arbeit des BeBeEs.

Im Zuge der Debatte wird noch einmal auf den Fachtag „Einführung einer zentralen Ombudsstelle nach § 9a SGB VIII in der Freien Hansestadt Bremen“ hingewiesen.

Auf Nachfragen erläutert Frau Krohne, dass es sich bei den strittigen Fällen zur Kostenheranziehung vor allem um Altfälle handelt und die Verwaltungsanweisung, die bereits im letzten Jahr in Kraft getreten ist, die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gut umfasst.

Weiterhin erläutert sie, dass sich die betroffenen Menschen an unterschiedlichen Stellen im Prozess an das BeBeE wenden, manchmal geschehe dies bereits im Vorfeld vor einem Kontakt zum Amt für Soziale Dienste, häufig aber auch in bereits laufenden Prozessen, in denen es gelegentlich bereits ein sehr hohes Konfliktpotential gebe. Hierbei macht sie noch einmal deutlich, dass es auch trotz gut geführter Gespräche und enger Beteiligung der Betroffenen zu Konflikten und Kommunikationsschwierigkeiten kommen kann.

Herr Diener schließt die Debatte, in dem er noch einmal verdeutlicht, dass das BeBeE eine sehr gute Unterstützung ist und sie häufig auch als „Übersetzer“ für die Familien dienen. Hierbei liefern die Erkenntnisse der Arbeit des BeBeEs häufig auch sehr gute Anregungen zur Verbesserung des Systems.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Krohne, Frau Ahrens, Frau Pfeiffer, Frau Görgü-Philipp, Herr Schmitt, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 06: Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen „Hans-Wendt-Stiftung“

Herr Seidel führt in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

-

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen beschließt, die „Hans-Wendt-Stiftung“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII für die Stadtgemeinde Bremen anzuerkennen.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Berichte der Verwaltung

Herr Brinkmann berichtet über den aktuellen Sachstand zum Prozess in Bezug auf die Digitalisierung in der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Am 30.03.2022 wurde der „Förderaufruf von Einrichtungs- und zielgruppenspezifischen Fördermöglichkeiten für die medienpädagogische Ausstattung der Offenen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in der Stadt Bremen“ versendet. Die Antragsfrist für die Ausstattungspakete endet am 30.09.2022. Somit kann eine Stärkung der Ausstattung für medienpädagogische Angebote umgesetzt werden. Das Digi-4-OJA Netzwerk hat sich bereits zweimal getroffen und ist dabei, ein Fortbildungskonzept zu entwickeln. Die Digiboxen werden derzeit von ServiceBureau Jugendinformation konzipiert.

TOP 08: Verschiedenes

Mitteilung über Änderungen in der Besetzung der AGs nach §78 SGB VIII

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Ahrens erinnert an den Nachtrag zu dem TOP „Schaffung und Erweiterung von ergänzenden niedrigschwelligen Angeboten für nicht schulpflichtige Kinder ohne Kitaplatz“ (JHA 16.12.2021 und 03.03.2022) mit der Fragestellung zur Finanzierung und der angekündigten Änderung der Richtlinie. Herr Jablonski orientiert auf einen Bericht für die nächste Sitzung im Mai.

für das Protokoll:

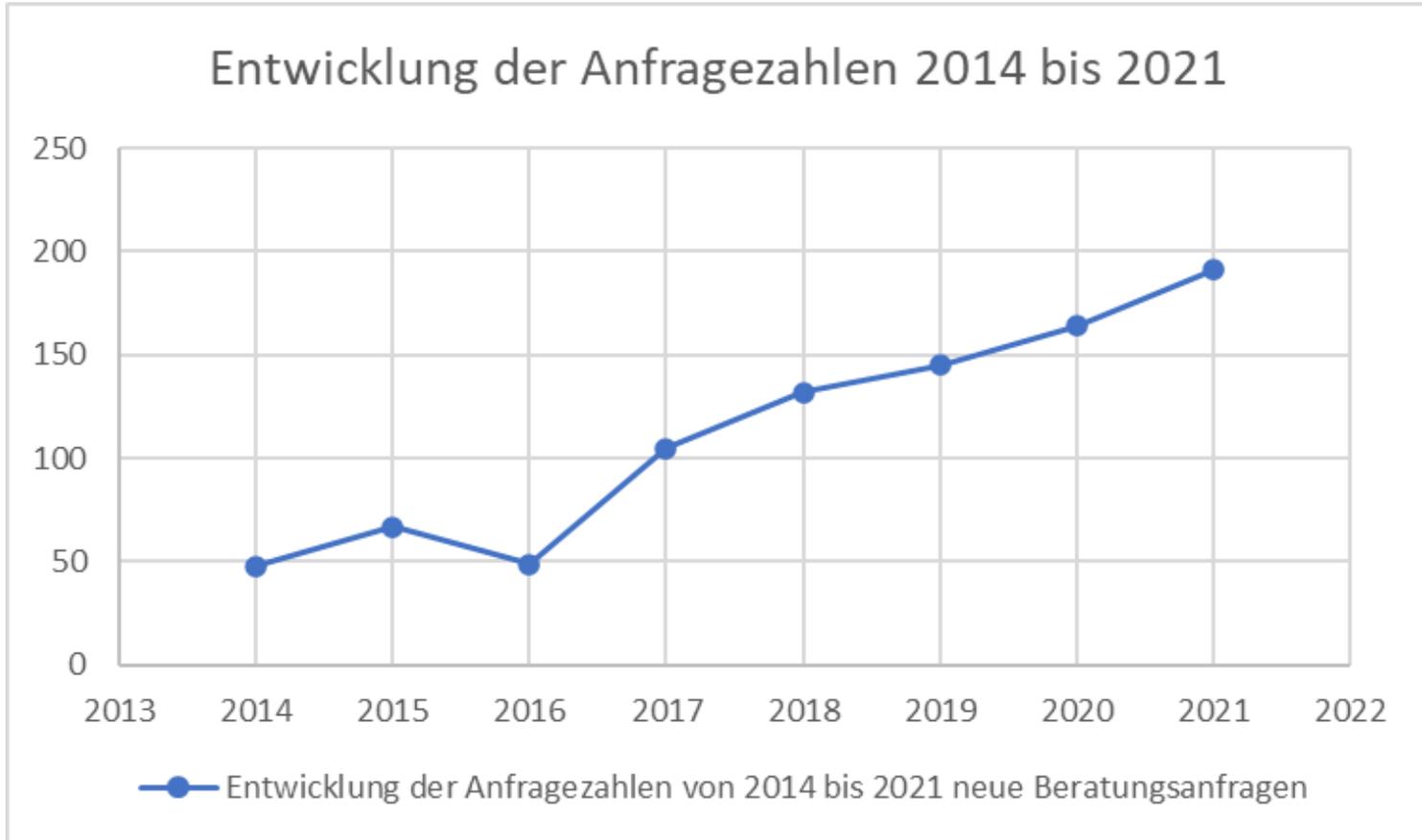
Weiß / Marx



Bremer Beratungsbüro für Erziehungshilfen



Bremer Beratungsbüro für Erziehungshilfen





Schwierigkeiten in der Kommunikation mit der Fachkraft (öffentlicher und freier Träger) im Rahmen von

- Hilfeplanung allgemein
- (drohender) Kindeswohlgefährdung
- Begleitetem Umgang

Dies betrifft vor allem die Beratung von Eltern und Pflegeeltern



Kostenheranziehung junger Menschen in stationärer Jugendhilfe

- Heranziehung bei Ausbildung/ Arbeit
- Heranziehung aus dem Bundesfreiwilligendienst, FSJ etc.
- Antragstellung nach §44 SGB X

Unterstützung bei Widerspruch und evtl. Klage



Begleitung junger Menschen im Übergang in die Volljährigkeit

- Antragstellung
- Widerspruch, evtl. Klage
- Begleitung Hilfeplangespräch



Beratung von Fachkräften

- Angebot von Fortbildungen z.B. zum Thema Kostenheranziehung junger Menschen in stationärer Jugendhilfe
- Allgemeine Beratung, nicht im Einzelfall
- Erstkontakt über Fachkräfte als „Türöffner“ für junge Menschen oder Eltern zur Beratung



Was wir sonst noch machen...

- Teilnahme an den Bundesnetzwerktreffen und Klausurtagungen
- Aktive Mitarbeit in verschiedenen AG's über das Bundesnetzwerk (z.B. Arbeitsgruppe FAQ, Arbeitsgruppe „Externe Beschwerdestellen“)
- Regelmäßige Treffen (online, 1x monatlich) nach dem Vorbild kollegialer Fallberatung und Supervision (6 x jährlich)
- Angebot von Fortbildungen für Fachkräfte
- Information/Versuch der Klärung zu ombudtschaftlichen Themen in der Kinder- und Jugendhilfe
- Besuche in Einrichtungen/ im Jugendamt zur Vorstellung des Angebots
- Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremen im Rahmen von Semesterarbeiten



BeBeE – Bremer Beratungsbüro für Erziehungshilfen

Schwachhauser Heerstraße 3

28203 Bremen

Tel.: (0421) 69 68 37-18

Fax: (0421) 69 68 37-20

E-Mail: info@bebee-bremen.de

www.bebee-bremen.de